

1.6. Senatsverwaltung für Kultur und Europa

1.6.1 Auseinandersetzung mit den Forderungen und Maßnahmen

Politische Forderungen	Konkrete Maßnahmen	Stellungnahme der Senatsverwaltung für Kultur und Europa
Verantwortungsübernahme für deutschen Kolonialismus und dem deutschen Beitrag zum europäischen Kolonialismus	Anerkennung des Kolonialismus als Unrechtssystem durch den Deutschen Bundestag	Die SenKultEuropa steht der Forderung positiv gegenüber und setzt sich im Umfang ihrer Möglichkeiten für eine Anerkennung des Kolonialismus als Unrechtssystem durch den Deutschen Bundestag ein.
	Einbringung einer entsprechenden Bundesratsinitiative des Landes Berlin	Die SenKultEuropa steht dem Vorhaben positiv gegenüber. Für eine konkrete Einbringung stehen derzeit keine Kapazitäten zur Verfügung.
	Rückgabe von Kulturgütern aus kolonialem Kontext	Die SenKultEuropa setzt sich entsprechend den ersten Eckpunkten zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten vom 13.03.2019 für Rückgaben von Kulturgütern aus kolonialen Kontexten ein. Kulturgüter aus kolonialen Kontexten, die sich nicht im Eigentum des Landes Berlin befinden, können nur durch ihre rechtmäßigen Träger restituiert werden.

<p>eigentumsrechtliche Übertragung und Angebot einer Rückführung aller Ahnen, Kultur- und Naturgüter aus kolonialen Gebieten</p>	<p>1. Das Land Berlin setzt sich auf Bundesebene für ein Gesetz ein, das die Repatriierung von menschlichen Gebeinen und die Restitution von Kultur- und Naturobjekten aus kolonialen Kontexten sicherstellt</p>	<p>Die SenKultEuropa steht der Forderung positiv gegenüber und setzt sich im Umfang ihrer Möglichkeiten für die Etablierung eines entsprechenden Gesetzes ein.</p>
	<p>2. Erweiterung der Definition von kolonialem Raubgut: neben Erwerb, Geschichte und Erwerb über andere Kolonialmächte sollte auch der Zeitpunkt des Erwerbs hinzugezogen werden</p>	<p>Die SenKultEuropa steht der Forderung positiv gegenüber. Eine vom Gesetzgeber vorgegebene Definition, die rechtliche Verpflichtungen nach sich zieht ist allerdings der SenKultEuropa nicht bekannt, weshalb auch bei einer Ausweitung der Definition keine konkrete Hilfe angeboten werden kann.</p>
<p>zügige Repatriierung aller menschlichen Gebeine aus kolonialen Kontexten</p>	<p>1. Schaffung eines Beratungsgremiums (Advisory Board) von Repatriierungspraktiker*innen aus Herkunftsgesellschaften</p>	<p>Die SenKultEuropa steht der Forderung positiv gegenüber, hält die Einrichtung eines entsprechenden Gremiums allerdings nur auf Bundesebene unter Einbindung aller Bundesländer für sinnvoll. Ein geeigneter Träger könnte die Kontaktstelle für Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten bei der Kulturstiftung der Länder sein. Im Kulturhaushalt des Landes stehen keinerlei Mittel für dieses Vorhaben zur Verfügung.</p>

	<p>2. Berlin setzt sich für eine rechtliche Rehumanisierung der Gebeine aus kolonialen Kontexten auf Bundesebene ein</p>	<p>Die SenKultEuropa steht der Forderung positiv gegenüber und setzt sich im Umfang ihrer Möglichkeiten hierfür ein.</p>
<p>Offenlegung von ausstehenden Rückforderungen und Rückforderungsgesuchen</p>	<ol style="list-style-type: none"> 1. klare und transparente Wege für Rückforderungen und Rückforderungsgesuche schaffen, nicht nur für staatliche Rückforderungen, sondern auch für Communities und Einzelpersonen 2. Digitalisierung und Öffnung der Museums- und Sammlungsarchive: Daten zu menschlichen Gebeinen und Entitäten aus kolonialen Kontexten zugänglich machen 3. Schnelle Erstellung und Internetveröffentlichung von Generalinventaren der ethnologischen Sammlungen bzw. Objekte aus kolonialen Kontexten in den verschiedenen öffentlichen Museen und Sammlungen im Land Berlin (Inventarisierungsarbeit gemeinsam mit Kolleg*innen und Fachleuten aus ehemaligen Kolonien) 4. proaktives Zugehen auf mögliche Herkunftsgemeinschaften 	<p>Zu 1.-4.:</p> <p>Die SenKultEuropa ist über die Bund-Länder-AG Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten über die Aktivitäten der Kontaktstelle Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten bei der Kulturstiftung der Länder informiert. Die Kontaktstelle ist eine vom Bund und den Bundesländern finanzierte Institution, um die hier formulierten Forderungen und Maßnahmen zu adressieren und umzusetzen.</p>

<p>Aufbau eines Netzwerkes von dekolonial arbeitenden öffentlichen Institutionen</p>		<p>Die SenKultEuropa fördert seit 2020 zahlreiche Projekte im Bereich der Dekolonisierung und hat so im Kulturbereich ein Netzwerk von dekolonial arbeitenden Akteuren in öffentlichen Institutionen geschaffen. Die Dekolonisierungsprojekte- und Vorhaben der SenKultEuropa werden unter 1.6.2. gelistet.</p>
<p>transparente Provenienzforschung</p>	<p>Erhöhung der Mittel für Provenienzforschung und Vernetzung der Berliner Institutionen für gemeinsame Antragstellung internationale Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftler*innen fördern</p>	<p>Bereits mit den Doppelhaushalten 2018/2019 und 2020/2021 konnten erstmalig Mittel für die Einrichtung unbefristeter Stellen für Provenienzforschung an großen kulturgutbewahrenden Einrichtungen des Landes Berlin bereitgestellt werden. Den ersten drei 2018 errichteten wissenschaftlichen Stellen an der Berlinischen Galerie, dem Stadtmuseum Berlin und der Zentral- und Landesbibliothek Berlin folgten 2020/2021 wissenschaftliche Stellen am Bröhan-Museum, der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg und dem Deutschen Technikmuseum Berlin sowie eine Archivstelle für Provenienzforschung an der Berlinischen Galerie.</p> <p>Mit dem Haushalt 2022/2023 konnte ein weiterer Quantensprung vollzogen werden. Ab 2023 werden neben den bereits bestehenden Projektmitteln in Höhe von 200.000 Euro jährlich zusätzliche Mittel in Höhe von 775.000 Euro zur Verfügung gestellt.</p>

		<p>Ab 2023 werden in sämtlichen öffentlich geförderten Kulturerbe-Einrichtungen des Landes Berlin dauerhafte Strukturen zur Erforschung der jeweiligen Sammlungen und Bestände geschaffen. Im Einzelnen werden mit Hilfe der bereits genannten Mittelaufstockung am Brücke-Museum und am Georg-Kolbe-Museum erstmalig wissenschaftliche Positionen für Provenienzforschung geschaffen. Am Deutschen Technikmuseum Berlin und der Zentral- und Landesbibliothek Berlin wird – bedingt durch den enormen Umfang der dortigen Sammlungsbestände – jeweils eine zweite wissenschaftliche Stelle etabliert. Das Bauhaus-Archiv/ Museum für Gestaltung Berlin wird durch Erweiterung des eigenen Haushaltstitels eine Forschungsstelle für Provenienzforschung aufnehmen. Beim Landesarchiv Berlin wird erstmalig eine Forschungskapazität verankert, die neben der Erforschung eigener Bestände zur zielgerichteten Erschließung von Archivbeständen für die Provenienzforschung eingesetzt werden sowie Provenienzforschungsprojekten externer Nutzerinnen und Nutzer betreuend und beratend zur Seite stehen soll. Durch Schaffung einer dauerhaften Volontariatsstelle für Provenienzforschung wird die Ausbildung in diesem Bereich verfestigt. Erstmals können zudem die Bezirksmuseen ab 2023 Mittel für Projekte zur Provenienzforschung beantragen.</p>
--	--	--

<p>aktive Förderung der Auseinandersetzung mit kolonialer Geschichte von Berliner Kultureinrichtungen und heutiger Kolonialität im Kulturbereich</p>	<p>1. Fördergelder für Forschung und Veröffentlichungen zu kolonialen Verstrickungen sollen von Berliner Kultureinrichtungen bereitgestellt werden</p>	<p>Kultureinrichtungen, die durch die SenKultEuropa gefördert werden, verfügen als Zuwendungsempfänger nicht über eigene Budgets, die sie bereitstellen können. Die SenKultEuropa fördert in der Regel keine wissenschaftlichen Forschungsvorhaben, hierfür müssen sich Antragstellende an die Wissenschaftsverwaltung wenden.</p>
	<p>2. Erhebung von Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsdaten in Berliner Kulturbetrieben</p> <p>3. Antidiskriminierungsarbeit im Kultursektor verankern z. B. durch die Verpflichtung von vorliegenden Antidiskriminierungsstrategien in Kultureinrichtungen</p>	<p>Zu 2 u. 3: Die SenKultEuropa führt seit 2021 ein jährliches Monitoring zu Anti-Diskriminierung und der Einhaltung der rechtlichen Verpflichtungen nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz in den durch das Land Berlin geförderten Kultureinrichtungen durch.</p> <p>Die Erhebung weiter Antidiskriminierungsdaten wäre aus fachlicher Perspektive sinnvoll. Derzeit sind dafür allerdings keine gesonderten Mittel im Haushalt veranschlagt. Allein die von Diversity Arts Culture (DAC) durchgeführte Pilotstudie „Vielfalt in Kultureinrichtungen - VINK“ hat gezeigt, dass das Vorhaben Ressourcen in größerem Umfang benötigt. Im Rahmen des PartMigG sind Kultureinrichtungen, die als LHO-Betriebe oder Stiftungen öffentlichen Rechts betroffen sind, verpflichtet, die Anzahl der Beschäftigten mit Migrationshintergrund auf freiwilliger Basis zu erheben.</p>

	<p>4. Schaffung klarer Antidiskriminierungsstrukturen für den Berliner Kultursektor und Förderung einer unabhängigen Informations- und Beschwerdestelle</p> <p>5. Ausbau von Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten im Bereich Antidiskriminierung, Intersektionalität und Antirassismus für Kulturschaffende und Angestellte der Berliner Kulturbetriebe</p>	<p>Zu 4. - 5.:</p> <p>Die SenKultEuropa hat mit Diversity Arts Culture (DAC) eine unabhängige Konzeptions-, Informations- und Beratungsstelle für Diversitätsentwicklung im Kulturbetrieb geschaffen, die sich explizit mit Antidiskriminierungsarbeit im Kulturbetrieb beschäftigt. DAC bietet gezielte Weiterbildungsangebote in den Bereichen Antidiskriminierung, Intersektionalität und Antirassismus für Kulturschaffende und Kultureinrichtungen an.</p> <p>Darüber hinaus hat DAC eine unabhängige Beratungsstelle für Kulturschaffende eingerichtet, die von Diskriminierung betroffen sind.</p>
<p>Kulturprojekte im kolonialen Kontext müssen gemeinsam mit Herkunftscommunities entwickelt, konzipiert und durchgeführt werden</p>	<p>1. Schaffung von transparenten Entscheidungsprozessen</p>	<p>Zu 1. und 3.:</p> <p>Die SenKultEuropa steht dem Vorhaben positiv gegenüber und setzt sich für transparente Entscheidungsprozesse und die Einbeziehung betroffener Communities bei der Konzipierung und Planung von Kulturprojekten ein. Das auf 5 Jahre angelegte zentrale Projekt zur Aufarbeitung des Kolonialismus „Dekoloniale“ wurde gemeinsam mit den Vereinen ISD, Berlin Postkolonial und EOTO entwickelt und konzipiert.</p>

	<p>2. Anpassung von Förderbedingungen für Kulturprojekte, um auch Kulturschaffende und Künstler*innen ohne formale Bildungsabschlüsse anzusprechen (Kriterium bspw. künstlerisches Potenzial)</p>	<p>Förderprogramme der SenKultEuropa wie z.B. der Projektfonds Zeitgeschichte zur Förderung zeitgeschichtlicher und erinnerungskultureller Projekte, über den Privatpersonen sowie Institutionen Projekte u.a. zur Aufarbeitung der Kolonialvergangenheit beantragen können haben keine Kriterien bzgl. formaler Abschlüsse und stehen allen Berlinerinnen und Berlinern offen.</p>
	<p>3. Sicherstellung, dass bei Kulturprojekten in kolonialen Kontexten betroffene Communities bei der Konzipierung, Planung und Umsetzung miteinbezogen werden</p>	<p>Siehe 1.</p>
	<p>4. Evaluation zum Zugang und der Nutzung der IMPACT-Förderung des Landes Berlin</p>	<p>Für eine Evaluation stehen keine entsprechenden Mittel im Haushalt zur Verfügung.</p>

<p>Öffnung von Entscheidungsgremien und Auswahlkommissionen für diasporische, Schwarze, afrikanische und migrantische Akteur*innen</p>	<ol style="list-style-type: none"> 1. Bestandsaufnahme über die Zusammensetzung von Jurys und Auswahlkommissionen in den letzten drei Jahren in Bezug auf intersektionale Kriterien, insbesondere Rassismus 2. Öffnung von Entscheidungsgremien und Auswahlkommissionen für diasporische, Schwarze, afrikanische und migrantische Akteur*innen 3. Sicherstellung, dass bereits vorhandene Konzepte, wie beispielsweise die Checkliste zu diskriminierungskritischer Auswahl, standardmäßig genutzt werden 	<p>Zu 1.-3.: Aus Sicht der SenKultEuropa ist nicht nachvollziehbar, inwiefern eine Erhebung der letzten drei Jahre zielführend ist. Dies würde zudem nicht unerhebliche Ressourcen beanspruchen. Sinnvoller wäre aus Sicht der SenKultEuropa der Aufbau von Standards/Pools/Netzwerken für zukünftige Besetzungen. Als Beispielhaft kann hier die Arbeit des Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung gelten. Hier werden die Gremien Beirat und Jury konsequent diversitätssensibel besetzt. Dazu wird derzeit auch ein Kriterienkatalog zur Besetzung der Jury entwickelt, der als Standard übertragbar sein kann.</p>
	<p>4. spezifische diversitätsfördernde Maßnahmen, wie bspw. Stipendienprogramme im Bereich klassische Musik</p>	<p>Hierfür stehen derzeit keine Haushalts-Mittel zur Verfügung.</p>
<p>Auseinandersetzung mit der Thematik Kolonialismus und Dekolonialität weiter fördern</p>	<ol style="list-style-type: none"> 1. Verstetigung und Aufstockung der Fördersumme von dekolonialen Kulturprojekten 2. Ausbau, Digitalisierung und öffentliche Publikation des Archivs von AFROTAK TV cyberNomads zu Schwarzen 	<p>Zu 1.: Die SenKultEuropa hat diverse dekoloniale Kulturprojekte verstetigen können. Eine Übersicht über die Vorhaben finden sich bei den Beispielen für Dekolonisierungsprojekte der SenKultEuropa weiter unten.</p>

	<p>Präsenzen in Berlin - aufbauend auf den Vorarbeiten seit 1984</p>	<p>Zu 2.: Hierfür stehen derzeit keine Haushalts-Mittel zur Verfügung. Dem Projekt steht offen, sich auf bestehende Fördertöpfe im Rahmen einer Projektförderung zu bewerben.</p>
<p>Entwicklung einer zentralen Gedenkstätte bezüglich Anerkennung, Aufarbeitung und Erinnerung deutscher Kolonialverbrechen sowie dem Völkermord an den Herero und Nama</p>	<ol style="list-style-type: none"> 1. Erstellung und Umsetzung eines gesamtstädtischen Erinnerungskonzeptes mit dezentralen Lern- und Erinnerungsorten sowie einem zentralen Gedenkort mit breiter Beteiligung von Schwarzen, (post)migrantischen, afrodeutschen, asiatisch-deutschen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen 2. Perspektiven der ehemals Kolonisierten in Berliner Erinnerungskultur verankern 3. antikoloniale und antirassistische Widerstandsgeschichte in den ehemaligen Kolonien, Deutschland und Berlin sichtbar machen 	<p>Zu 1.-3.: Ausgehend vom Auftrag des Abgeordnetenhauses zur Erarbeitung eines gesamtstädtischen Aufarbeitungskonzeptes ist die SenKultEuropa zuständig für die Entwicklung eines gesamtstädtischen Erinnerungskonzeptes als Teil des gesamtstädtischen Aufarbeitungskonzeptes. Bei der Erarbeitung eines gesamtstädtischen Erinnerungskonzeptes wird die Beteiligung der Zivilgesellschaft in einem breiten Partizipationsprozess sichergestellt. Schwerpunkt ist dabei auftragsgemäß die sichtbare Erinnerung im öffentlichen Raum, die Bestandsaufnahme bereits bestehender Markierungen, Projekte und authentischer Orte, und die Benennung von Entwicklungsmöglichkeiten und Leerstellen sowie geeigneter Maßnahmen für die Zukunft. Das Konzept wird derzeit von Dr. Ibou Diop bei der Stiftung Stadtmuseum bis Ende 2023 erarbeitet. Im Koalitionsvertrag von Bund und Land wird als langfristiges Ziel die Entwicklung eines Lern- und Dokumentationszentrums zur Aufarbeitung des</p>

		Kolonialismus formuliert. Für ein solches Vorhaben wird analog zum gesamtstädtischen Erinnerungskonzept ein eigenes Konzept notwendig sein. Hierfür soll ab 2023 ein Konzept erarbeitet werden.
Perspektiven, der ehemals Kolonisierten in Erinnerungskultur verankern und antikolonialen Widerstand in den ehemaligen Kolonien und Deutschland darstellen		
Schaffung dezentraler und zentraler Lern- und Erinnerungsorte zur deutschen Kolonialgeschichte in Berlin		
kolonialkritische Auseinandersetzung mit dem öffentlichen Raum	<ol style="list-style-type: none"> 1. Anregung zur Umbenennung von Straßen und Plätzen mit kolonialrassistischen Namen sowie solchen, die den Kolonialismus verherrlichen gemäß des Berliner Straßengesetzes 2. perspektivwechselnde Kommentierung von Denkmälern und Orten mit kolonialem Bezug 3. Einführung eines Gremiums „Kolonialkritische Auseinandersetzung mit dem öffentlichen Raum“ mit Vertreter*innen von der Bezirks- und Senatsebene sowie 	<p>Zu 1.: Im Land Berlin liegt die Entscheidung über Straßenumbenennungen in der Verantwortung der Bezirke. Die SenKultEuropa hat daher keinen Einfluss auf Straßenumbenennungen.</p> <p>Zu 2.: Siehe Antwort zum gesamtstädtischen Erinnerungskonzept.</p> <p>Zu 3.: Aus Sicht der SenKultEuropa ist ein solches Gremium nicht sinnvoll, da es sich hier um Bezirksangelegenheiten handelt, auf die die</p>

	zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und betroffenen Communities 4. dekoloniale und antirassistische Interventionen im öffentlichen Raum gezielt fördern	SenKultEuropa keinen Einfluss hat. Darüber hinaus stehen hierfür keine Mittel im Haushalt zur Verfügung. Zu 4.: Siehe Antwort zum gesamtstädtischen Erinnerungskonzept.
--	---	---

1.6.2 Beispiele für Dekolonisierungsprojekte und -vorhaben der Senatsverwaltung für Kultur und Europa

Die Senatskulturverwaltung für Kultur und Europa arbeitet seit einigen Jahren intensiv daran, die eklatanten Leerstellen, die in der öffentlich geförderten Erinnerungskultur sowie den landesgeförderten Museen in Hinblick auf den Kolonialismus und seine Folgen bestehen, abzubauen. Im Jahr 2020 standen in Berlin erstmals Haushaltsmittel für die Aufarbeitung des Kolonialismus im Kulturressort zur Verfügung.

Im Jahr 2020 wurden verschiedene dekoloniale Projekte ins Leben gerufen, die überwiegend als Pilotprojekte unter den Bedingungen der Corona-Pandemie starten mussten. Als zentrales Projekt der Auseinandersetzung mit der Kolonialgeschichte Berlins und der Dekolonisierung der Museen steht das fünfjährige Projekt „Dekoloniale“, das gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren (ISD e.V., eoto e.V., Berlin Postkolonial e.V.) und der Stiftung Stadtmuseum entwickelt wurde und von der SenKultEuropa gemeinsam mit der Kulturstiftung des Bundes gefördert wird. Die „Dekoloniale“ hat im November 2020 ihre Arbeit aufgenommen und wird bis Ende 2024 sowohl online als auch an verschiedenen Orten der Stadt durch diverse Kooperations- und Präsentationsformen wie Veranstaltungen, Ausstellungen, Interventionen im öffentlichen Raum, Museumsberatungen, Webkartierungen kolonialer Orte und Artist-Residencies sichtbar.

In der Gesamtstrategie zur Entwicklung erinnerungskultureller und postkolonialer musealer Formate fokussierte Berlin insgesamt nicht auf Ethnologische Museen, sondern zielte auf alle Museumssparten und rief daher zusätzlich 3 Pilotprojekte an den landesgeförderten Museen Brücke-Museum, Stadtmuseum und dem Deutschen Technikmuseum ins Leben.

Um abseits der geförderten Institutionen dezentrale Vorhaben zu unterstützen, wurde der Projektfonds Zeitgeschichte zur Förderung zeitgeschichtlicher und erinnerungskultureller Projekte im Jahr 2020 um zusätzliche Mittel aufgestockt, um den Themenschwerpunkt Kolonialismus besonders zu fördern. So wird insgesamt der dezentrale, multiperspektivische und teilhabeorientierte Charakter des Gesamtvorhabens verstärkt.

Um die Aufarbeitung des Kolonialismus in den Bezirken zu verankern, wurde der Bezirkskulturfonds (BKF) zweckgebunden erhöht. So soll ergänzend bezirklichen Akteuren ermöglicht werden, Projekte im finanziellen Rahmen von 5.000 bis 50.000 € zu realisieren; auch dies soll den dezentralen, multiperspektivischen Charakter des Gesamtvorhabens im Kulturbereich verstärken. Im Sinne der Nachhaltigkeit sollen insbesondere die Regionalmuseen Erfahrungen auf diesem Feld sammeln und sich Netzwerke und Kooperationsstrukturen für dieses Thema aufbauen. Auf diesem Weg soll die Kolonialgeschichte der einzelnen Bezirke und ihrer Museen markiert, bearbeitet und bekannt gemacht werden.

Zum Jahresbeginn 2022 hat die Kompetenzstelle dekoloniale Museumspraxis der Museen bei der Stiftung Stadtmuseum ihre Arbeit aufgenommen. Die Kompetenzstelle ist Anlaufstelle insbesondere für die Berliner landesgeförderten Museen und Plattform für die Vernetzung der Berliner Museen mit postkolonialen wissenschaftlichen und erinnerungskulturellen Einrichtungen/Beteiligten. Die Beratung der Berliner Landesmuseen erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Projekt „Dekoloniale“.

Ausgehend vom Auftrag des Abgeordnetenhauses zur Erarbeitung eines gesamtstädtischen Aufarbeitungskonzepts ist die SenKultEuropa zuständig für die Entwicklung eines gesamtstädtischen Erinnerungskonzepts als Teil des gesamtstädtischen Aufarbeitungskonzepts. Entsprechend dem Antrag „Berlin übernimmt Verantwortung für seine koloniale Vergangenheit“ muss bei der Erarbeitung eines gesamtstädtischen Erinnerungskonzepts die Beteiligung der Zivilgesellschaft sichergestellt werden. Schwerpunkt ist dabei auftragsgemäß die sichtbare Erinnerung im öffentlichen Raum, die Bestandsaufnahme bereits bestehender Markierungen, Projekte und authentischer Orte, und die Benennung von Entwicklungsmöglichkeiten und Leerstellen sowie geeigneter Maßnahmen für die Zukunft. Das Konzept wird derzeit von Dr. Ibou Diop in einem breiten Partizipationsprozess bis Ende 2023 erarbeitet.

Im Koalitionsvertrag von Bund und Land wird als langfristiges Ziel die Entwicklung eines Lern- und Dokumentationszentrums zur Aufarbeitung des Kolonialismus formuliert. Für ein solches Vorhaben wird analog zum gesamtstädtischen Erinnerungskonzept ein eigenes Konzept notwendig sein. Hierfür soll ab 2023 ein Konzept erarbeitet werden.